

Telegramme

Contracting: Das Handwerk macht mobil

„Für den Zukunftsmarkt Contracting sind Kooperationen, zum Beispiel mit Energiegenossenschaften, ein entscheidender Hebel. Sie verringern finanzielle Risiken und ermöglichen Handwerksbetrieben den Einstieg ins Geschäftsfeld“, betonte Landeshandwerkspräsident Rainer Reichhold anlässlich des Contracting-Kongresses der Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg (KEA). Bisherige Contracting-Vorhaben hätten gezeigt, dass Betriebe, die kooperieren, meist besser fahren: „Positive Beispiele unterstreichen, dass Contracting auch für das Handwerk ein lukratives Geschäftsfeld ist.“ Contracting werde zudem in der Verbindung mit der Digitalisierung der Haus- und Gebäudetechnik immer wichtiger. Kundenbedürfnissen könne das Handwerk mit Contracting-Lösungen passgenau begegnen. Handwerksbetriebe können neben der Finanzierung, Planung und dem Einbau auch die Wartung und Optimierung einer Anlage bieten. „Vom Handwerk erhält der Kunde ein Rundum-sorglos-Paket, er muss sich um nichts kümmern und muss keine eigenen finanziellen Mittel aufwenden“, so Reichhold. Im Sinne von Efficiency First sei Contracting als Klimaschutzinstrument zudem ein entscheidender Schlüssel für die Energiewende.

Strategiedialog Automobilwirtschaft: Handwerk erwartet breiteren Ansatz

„Ein Austausch über die wirtschaftspolitische Strategie im Automobilbereich ist in der Tat dringend geboten – aber bitte mit allen Beteiligten“, sagte Landeshandwerkspräsident Rainer Reichhold zum Auftakt des Strategiedialogs Automobilwirtschaft der Landesregierung. Schließlich ende die Automobilwirtschaft nicht an den Werkstoren von Daimler und Porsche. „Alternative Antriebe, verändertes Mobilitätsverhalten und der demografische Wandel werden nicht nur Hersteller und Zulieferer, sondern auch Handwerksbetriebe mit voller Wucht treffen. Sich darauf vorzubereiten, ist mehr als sinnvoll. Für die Fortsetzung des Dialogs erwarten wir einen breiteren Ansatz, der alle betroffenen Wirtschaftsbereiche – eben auch das Handwerk – mit einschließt“, so Reichhold.

Merkblatt: Blaue Plakette, Feinstaub, Fahrverbote und Co

Blaue Plaketten und drohende Fahrverbote sind in aller Munde und bei vielen Handwerksbetrieben im Land herrscht Unsicherheit. Ein neues Merkblatt des Baden-Württembergischen Handwerksstags gibt Antworten auf die wichtigsten Fragen.

www.bwht.de/merkblaetter

Steuerratgeber: Mehr Netto vom Brutto

Gehaltserhöhungen freuen nicht nur den Arbeitnehmer, sondern auch das Finanzamt. Nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben kommt oft nur die Hälfte der Gehaltserhöhung an. Welche steuerlich günstigeren Möglichkeiten es gibt, um Mitarbeiter zu belohnen und zu motivieren, zeigt der kostenlose Ratgeber „Mehr Netto vom Brutto: Das A-Z der lohnsteuerfreien Zuwendungen“. Er kann beim Bund der Steuerzahler Baden-Württemberg unter Tel. 0800/0767778 bestellt werden.

Baubranche meldet gute Frühjahrsentwicklung

Trotz des eiskalten Starts zu Jahresbeginn, als etliche Bauunternehmen im Südwesten witterungsbedingt nicht arbeiten konnten, ist die Bauwirtschaft zufrieden mit der Frühjahrsentwicklung. Wie die Landesvereinigung Bauwirtschaft Baden-Württemberg mitteilt, gab es im 1. Quartal 2017 im Vergleich zum Vorjahr eine Umsatzsteigerung von 10,5 Prozent auf insgesamt 1,9 Milliarden Euro. Insbesondere der März ließ mit einem Plus von fast 20 Prozent die Umsatzzahlen nach oben schnellen. Positive Signale kommen vor allem vom Wirtschaftsbaubau, der in den ersten drei Monaten um 12,1 Prozent zulegte. Beim öffentlichen Bau gab es einen Anstieg um 9,6 Prozent, beim Wohnungsbau betrug die Steigerung 8,8 Prozent.

Fleischbranche: Vielversprechende Neuerungen gesucht

Im Rahmen der gleichnamigen Messe im Oktober verleiht der Landesinnungsverband für das Fleischerhandwerk in Baden-Württemberg seinen SUFFA-Innovationspreis 2017. Anspruch des Awards ist es, Trends am Markt sichtbar zu machen und zukunftsweisende Produkt- und Arbeitslösungen zu zeigen. Bewerbungsschluss ist der 30. Juni. www.fleischerbw.de



Das Handwerk fordert rechtliche Klarheit, wie HBCD-haltige Dämmplatten in Zukunft entsorgt werden sollen. Foto: Nik/Fotolia.com

HBCD-haltige Abfälle: Lösung zeichnet sich ab

Der Verordnungsentwurf lässt jedoch noch viele Fragen offen

Ende April hat das Bundesumweltministerium eine Verordnung vorgelegt, mit der die Problematik mit HBCD-haltigen Dämmplatten endgültig gelöst werden soll. Dies ist auch bitter nötig, schließlich läuft das im Dezember beschlossene Moratorium, durch das die vielfach kritisierte aktuelle Regelung ausgesetzt wurde, zum Jahresende aus. Der vorliegende Entwurf stellt einen Kompromiss dar, der HBCD nicht mehr als gefährlichen Abfall einstuft. Allerdings soll die Entsorgung weiter bei gefährlichen Abfällen überwacht werden.

Viele Fragen bleiben offen

In der Praxis bleiben viele Fragen offen, sowohl beim Handwerk als auch bei den Entsorgern – dies wurde Anfang Mai bei einem Gespräch des Baden-Württembergischen Handwerksstags (BWHHT) mit Vertretern aus der Entsorgungswirtschaft sowie von Fachverbänden und kommunalen Spitzenverbänden deutlich. Entscheidend ist vor allem die rechtliche Unsicherheit. „Es darf nicht wieder so weit kommen, dass Entsorgungsbetriebe aus Unsicherheit oder vorauseilendem Gehorsam die Annahme von Abfällen verweigern und unsere Betriebe im Regen stehen lassen“, kommentiert Landeshandwerkspräsident Rainer Reichhold. Im Bauhandwerk Sorge man sich außerdem um den Ruf von Dämmmaß-

nahmen generell: Viele Kunden differenzieren nicht und sind der Meinung, alle Dämmplatten enthielten HBCD. Auch der Begriff „gefährlicher Abfall“ suggeriere eine unmittelbare Bedrohung, die es so nicht gibt.

Klarstellungen gefordert

Der BWHHT fordert daher, alle Unklarheiten zu beseitigen. So sollte die Verordnung beispielsweise klarstellen, dass Neumaterial grundsätzlich von der Überwachung ausgenommen ist. Dass die Verordnung trotz der zu erwartenden Entspannung bei der Entsorgung zu Mehrkosten führen wird, dürfte indes gesichert sein. Denn: Wie gering der zusätzliche Aufwand auch ausfallen mag, geben wird es ihn auf jeden Fall. Das Handwerk setzt sich daher für Erleichterungen bei der Dokumentation ein. Wobei es nicht darum geht, die Überwachung zu lockern, sondern das Prozedere handhabbar zu halten.

20-Tonnen-Grenze ist dehnbar

Schon jetzt haben Betriebe die Möglichkeit, bis zu einer Abfallmenge von 20 Tonnen pro Kalenderjahr und Baustelle das so genannte Sammelentsorgungsnachweisverfahren zu nutzen. Dadurch entfällt die Pflicht zur elektronischen Nachweis- und Registerführung. In seiner Begründung zum Verordnungstext führt das Bundesumweltministerium

aus, dass die Länder die Möglichkeit haben, die 20-Tonnen-Grenze auszuweiten. Zudem sei es Behörden über Einzelfallgenehmigungen möglich, Sammelnachweisführungen auch oberhalb von Grenzwerten zu erlauben.

Ausnahme zur Regel machen

Dies mag zwar ein Ausweg sein, dem Handwerk im Land ist er aber immer noch zu bürokratisch. „Der Schwellenwert sollte komplett aufgehoben werden. Dies würde nicht nur eine einheitliche Verwaltungspraxis herstellen und für Transparenz sorgen, sondern auch viel Aufwand auf beiden Seiten sparen“, macht Reichhold deutlich. Entsprechend der Vorgehensweise bei der Entsorgung von Altbatterien sei es auch im Falle von HBCD angebracht, die Einzelfallausnahme zur Regel zu erheben.

Klarheit vor Sommerpause?

Unklar bleibt, wie teuer der zusätzliche Aufwand die Entsorger zu stehen kommt und wie viel der Zusatzkosten sie weiterreichen werden. Diese Frage kann erst beantwortet werden, wenn alle Details geklärt sind. Man darf also gespannt sein, was nach der Anhörung am ursprünglichen Entwurf noch geändert wird. All dies soll angeblich noch vor der Sommerpause geschehen. **rg/jn**

Die Ausbildungssituation ist stabil

Das Ausbildungsbündnis Baden-Württemberg zieht Bilanz für 2016/2017

Im Jahr 2016 nahm die Zahl der neuen Ausbildungsverträge in Baden-Württemberg leicht zu: 73.989 Neuabschlüsse zum 30. September bedeuten ein Plus von 0,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Allerdings ist der Ausbildungsmarkt weiterhin geprägt durch eine hohe Zahl von bei Agenturen oder Jobcentern gemeldeten Bewerbern, die nicht den gewünschten Ausbildungsplatz gefunden haben, sowie einer steigenden Zahl von gemeldeten unbesetzten Ausbildungsstellen.

„Inmitten einer stabilen Ausbildungssituation können wir zwei besonders erfreuliche Entwicklungen verzeichnen: Zum einen hat das Engagement der Bündnispartner zugunsten der Teilzeitausbildung bei vielen Betrieben Gehör gefunden. Durch die Steigerung um fast sieben Prozent auf 932 Teilzeitausbildungen

im Jahr 2016 haben nun deutlich mehr Auszubildende die Chance, Familie und Ausbildung zu vereinbaren. Der andere besonders erfreuliche Aspekt ist, dass fast 1.000 Geflüchtete, die aus den acht Hauptasylherkunftsländern und aus Gambia stammen, zum 31. Dezember 2016 einen neuen Ausbildungsvertrag unterzeichnet haben“, betonte Wirtschafts- und Arbeitsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut in ihrer Bewertung der Zahlen. Eine weitere Stärkung der beruflichen Ausbildung erhoffe sie sich von der gezielten Bewerbung der Möglichkeit, in einem gestuften Verfahren eine Berufsausbildung mit dem Abitur zu kombinieren, so die Ministerin. Hierzu könne in einer ersten Stufe der Erwerb der Fachhochschulreife parallel zu einer Berufsausbildung erfolgen. Werde die allgemeine Hochschulreife ange-

strebt, könne dies in einer zweiten Stufe durch einen an die Ausbildung anschließenden einjährigen Besuch der Berufsschule ergänzt werden. Die Werbung für dieses schon lange mögliche, aber nahezu unbekannte Modell, solle insbesondere auf leistungsstärkere Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern zielen. In Vorbereitung befindet sich ein neues Angebot „Zweiter Berufsschultag“, das ab dem kommenden Schuljahr in Abstimmung mit Ausbildungsbetrieben an ausgewählten Standorten erprobt werden soll. Es richtet sich mit unterschiedlichen Inhalten sowohl an leistungsschwächere Auszubildende, die durch zusätzlichen Unterricht gezielt gefördert werden sollen, als auch an leistungsstärkere Auszubildende, die die Attraktivität der dualen Berufsausbildung zu erhöhen. **jn**

95-Milliarden-Grenze im Visier

Landeshandwerk hofft auf deutliche Umsatzsteigerung

Das baden-württembergische Handwerk geht im Vergleich zu 2016 trotz des Kälteeinbruchs im wichtigen zweiten Quartal von einer Umsatzsteigerung von 2,5 Prozent aus. Zudem ist zu erwarten, dass die Zahl der tätigen Personen leicht zunimmt. „Nach einem sehr erfolgreichen Jahr 2016 hat die Handwerkskonjunktur zu Jahresbeginn nochmals einen Gang hochgeschaltet“, freut sich Landeshandwerkspräsident Rainer Reichhold. 66 Prozent der 1.500 landesweit befragten Betriebe bewerteten ihre wirtschaftliche Lage als gut. Im Vorjahresquartal taten dies nur 59 Prozent.

Auch im Vergleich zum Bundesdurchschnitt lief das erste Quartal im Land deutlich besser. Bundesweit gab nur jeder zweite Betrieb seiner Geschäftslage die Note „gut“. In allen Handwerksbereichen im Land waren die Lagebewertungen mehrheitlich positiv. Vor allem die Handwerker für den gewerblichen Bedarf, zum Beispiel Metallbauer und Feinwerkmechaniker, haben im Vergleich zum

Vorjahresquartal zugelegt. Statt vier vor zwölf Monaten 55 Prozent meldeten nun zwei von drei Betrieben ein gutes erstes Quartal. Das Kfz-Gewerbe machte einen noch größeren Sprung um 13 Prozentpunkte nach oben (Anteil „Gut“-Bewertungen: 53 Prozent). Die Neuwagenverkäufe waren trotz der Diskussionen um Fahrverbote im Plus.

Zudem gingen die Betriebe mit großem Optimismus ins zweite Quartal. 78 Prozent erwarteten ein gutes Frühjahrsquartal, nur drei Prozent geben sich pessimistisch. „Allerdings dürfte der späte Kälteeinbruch um Ostern vielen Betrieben einen Strich durch die Rechnung gemacht haben. Ob alle Betriebe diese Ausfälle aufholen können, ist aufgrund der engen Kapazitäten und der hohen Auslastung fraglich. Gerade im Baubereich oder für die Nahrungsmittelbetriebe, die viel auf Außer-Haus-Verkehr und Café- oder Imbiss-Betrieb setzen, bringen kalte Tage empfindliche Umsatzeinbußen mit sich“, so Reichhold. **sc/jn**

Aufatmen im Handwerk

EU behält Freiheiten bei der Berufsreglementierung bei

Der Rat der Europäischen Union hat seine allgemeine Ausrichtung zum EU-Dienstleistungspaket beschlossen. „Dass die Rolle der Mitgliedsstaaten im Vergleich zum ursprünglichen Kommissionsvorschlag gestärkt wird, lässt uns aufatmen“, kommentierte Landeshandwerkspräsident Rainer Reichhold.

Von der Kommission im Januar vorgestellte Initiative wertete das Handwerk noch als Angriff auf die Meisterpflicht, sah sie doch vor, neue und veränderte Berufsreglementierungen künftig anhand eines umfassenden Kriterienkatalogs zu überprüfen. „Das nun vom Rat der Europäischen Union verabschiedete Papier hingegen stärkt die Mitgliedsstaaten, indem es ihnen weiterhin erlaubt, selbst über Berufsreglementierungen zu entscheiden“, sagte Reichhold. Was bedeutet, dass Deutschland in Sachen Meisterpflicht weiter so vorgehen kann wie bislang. „Wir müssen unsere Regelungen also nicht auf das niedrigste europäische Niveau herunterfahren, sondern können unseren national konsentierten Quali-

tätsstandard aufrechterhalten“, so Reichhold weiter.

Auf Druck der Bundesregierung wurde ausdrücklich aufgenommen, dass die Pflichtmitgliedschaft in einer Kammer als zweckmäßig erachtet werden kann. Außerdem sollen technische Anpassungen an Ausbildungsinhalte keiner Verhältnismäßigkeitsprüfung bedürfen. „Gut so, denn dies hätte die Einführung neuer Inhalte in die Meisterprüfungsverordnungen, zum Beispiel im Zuge der Digitalisierung, sehr viel schwieriger gemacht“, bringt Reichhold seine Erleichterung zum Ausdruck.

Mit dem gerade verabschiedeten Papier geht der Rat nun in die Verhandlungen mit dem Europaparlament. Das Handwerk wird das Papier im weiteren Prozess in engem Kontakt mit Ministerien und Abgeordneten unterstützen. Reichhold: „Wir stehen zu Europa und zum Binnenmarkt. Wer qualifiziert ist, kann sich schon heute im zulassungspflichtigen Handwerk selbstständig machen. Dazu bedarf es keiner weiteren Deregulierung.“ **sc/jn**

L-Bank fördert auf hohem Niveau

Auch Gründungen und Nachfolgen bleiben stabil

„Mit 2,9 Milliarden Euro haben wir bei den Förderkrediten für die baden-württembergische Wirtschaft ein hervorragendes Ergebnis erreicht“, kommentierte Dr. Axel Nawrath, Vorsitzender des Vorstands der L-Bank, die Entwicklung der Wirtschaftsförderung seines Hauses im Geschäftsjahr 2016. 2,2 Milliarden Euro gingen an mittelständische Unternehmen und knapp 600 Millionen Euro an Existenzgründungen und junge Unternehmen.

Rund 4.250 Mittelständler nutzten die Kreditfinanzierungen der L-Bank. Im Vergleich zum Ausnahmehjahr 2015 war die Nachfrage nach Förderkrediten durch etablierte Unternehmen zwar etwas zurückhaltender. Nichtsdestotrotz konnte ein Beitrag zur Sicherung von 260.000 und zur Schaffung von 7.700 Arbeitsplätzen im Mittelstand geleistet werden. Im letzten Jahr hat die L-Bank mehr als 2.700 Gründungen und Unternehmensnachfolgen unterstützt. „Während bundesweit ein deutlich abnehmender Gründungstrend zu beobachten ist, fördern wir weiter auf hohem Niveau. Wir erreichen trotz der Rahmenbedingungen nach wie vor die Gründungswilligen und insbe-



Dr. Axel Nawrath.

Foto: L-Bank

sondere die nachhaltig substantielle Gründungen abzielenden Chancengründer“, unterstrich Nawrath. Zur Ausrichtung der Förderung sagte er: „Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass es, um gesellschaftlich eine Mentalität des Fortschritts zu implementieren, einer Breitenförderung bedarf, aus der Spitzenleistungen entstehen. Jedes unternehmerische Engagement ist es wert, gefördert zu werden, ob sich daraus Unternehmen mit hoher Strahlkraft entwickeln, ist zum Start oft nicht vorhersehbar.“ Eine hohe Bedeutung für die Entwicklung der Wirtschaft käme vor allem den High-Tech-Unternehmen und den „normalen“ Existenzgründern zu. Während einerseits wenige herausragende Innovationen für den entscheidenden Technologieimpuls sorgen könnten, seien es die vielen auch „imitierenden“ Gründungen, die die Entwicklungs- und Adaptionsgeschwindigkeit erhöhen. **jn**

Impressum

Verantwortlich: Oskar Vogel
Redaktion: Eva Hauser
Heilbronner Straße 43
70191 Stuttgart
Tel. 0711/263709-105
Fax 0711/263709-205
E-Mail: ehauser@handwerk-bw.de